

MEDIENMAPPE ZUR MEDIENKONFERENZ

ÜBERPARTEILICHES ABSTIMMUNGSKOMITEE «NEIN ZUR VERFASSUNGSREVISION»

03. AUGUST 2011, 09:00 UHR KÜNZLE-HEIM, BÜRGERSTRASSE 36, 8200 SCHAFFHAUSEN



Agenda

1 Einleitung und Begrüssung Walter Hotz Vorstellung der Teilnehmer (FDP)

2.1 Worum geht es? Die Fakten kurz zusammen gefasst. Erwin Sutter (Finanzkompetenzen bisher und neu) (EDU)

eigene Kompetenz Stadtrat neu x 2
 fakultatives Referendum neu x 5
 obligatorisches Referendum neu x 5

2.2 Demokratiepolitischer Grundsatz: «Das Referendumsrecht ist ein Pfeiler Daniel Preisig des Erfolgsmodells Schweiz und darf nicht einfach ausgeschaltet werden.» (SVP)
Das wahre Ziel des Stadtrates ist die Aushebelung der demokratischen Ausgabenkontrolle durch das Volk. Das dürfen wir nicht zulassen.

2.3 Die Erfahrung zeigt: Der Stadtrat und das Parlament gehen immer knapp Alain Illi unter die Ausgabenlimite. (Beispiele: Gastrokonzept, Handballhalle, (JFSH) Spielgruppe.) Die Finanzkompetenzen wirken als Schuldenbremse.

2.4 Der Stadtrat politisiert am Volk vorbei! Das Volk musste die Politik aus dem Stadthaus an der Urne bereits mehrfach korrigieren. Die Schulden und das Defizit steigen. Es braucht deshalb mehr und nicht weniger demokratische Mitbestimmung.

Till Hardmeier (JFSH)

Wir sind nicht im Grundsatz gegen eine Verfassungsrevision. Die Parlamentsmehrheit entschied gegen unseren Willen gegen eine separate Variantenabstimmung bei den Finanzkompetenzen. Bei dieser «Vogel-Frissoder-stirb-Politik» machen wir nicht mit. Mit einem Nein am 25. September machen wir den Weg frei für eine Neuauflage mit verhältnismässigen Finanzkompetenzen. Die kleinen Verbesserungen (Volksmotion, Abstimmungsbüchlein, Straffung Wahltermine, redaktionelle Überarbeitung) begrüssen wir. Diese kleinen Verbesserungen sind aber geradezu Randnotizen im Vergleich zum Angriff auf die Volksrechte mit der faktischen Ausschaltung des Referendumsrechts.

Thomas Hurter (SVP)

3 Zusammenfassung

Fragen und Antworten

Walter Hotz (FDP)



ARGUMENTARIUM «NEIN ZUR VERFASSUNGSREVISION»

Am 25. September 2011 stimmt das Schaffhauser Stimmvolk über die Totalrevision der Stadtverfassung ab. Die nachstehenden Argumentationen für ein "NEIN" zeigen auf, warum die stimmberechtigten Bürger der Stadt Schaffhausen gut beraten sind, an der Aufrichtigkeit des Stadtrates und der Mehrheit des Grossen Stadtrats zu zweifeln.

Es ist nachvollziehbar, dass die heutige Verfassung inhaltlich wie formal in einigen wenigen Punkten überholt ist und eine Überarbeitung und Aktualisierung angebracht wäre. In Tat und Wahrheit geht es bei der vorliegenden Revision nur um die Erhöhung der Finanzkompetenzen für den linken Stadtrat und einer Mehrheit der Mitglieder des Grossen Stadtrates und somit um die Aushebelung der demokratischen Ausgabenkontrolle durch das Volk.

Stadtpräsident Feurer wird im Abstimmungsmagazin wie folgt zitiert: "Dazu braucht die Stadt agile Führungsinstrumente und zeitgemässe Finanzkompetenzen. Denn nur wer handlungsfähig ist, hat im Standortwettbewerb Erfolg." Genau mit dieser Aussage entlarvt sich unser Stadtpräsident, denn er bestätigt damit, dass nur wer mehr ausgeben kann (höhere Ausgabenkompetenzen) erfolgreich sei. Man braucht kein Prophet zu sein um vorauszusehen, dass unser Stadtrat bei noch grösseren Finanzkompetenzen diesen enormen Schuldenberg weiter ansteigen lässt: Alleine im letzten Jahr hat der Stadtrat die ungedeckten Schulden um weitere ~ 24 Millionen Franken auf total ~ 85 Millionen Franken ansteigen lassen – dies bei rekordhohem Budget, rekordhohen Ausgaben und grosser Steuerbelastung. Tiefe Finanzkompetenzen wirken als Schuldenbremse.

Die aktuell gültigen Finanzkompetenzen haben sich bewährt. Wenn der Stadtrat behauptet, dass die Kontrolle über die Ausgaben auch künftig gewährleistet und erhöhte Kompetenzen keinen Freipass für höhere Ausgaben seien, ist dies Schwindel am Stimmvolk. Es ist daran zu erinnern: In einem Interview im Newsletter der Schaffhauser Wirtschaftsförderung (Ausgabe März 2010, Seite 8), erklärte unser Stadtpräsident Feurer: "Wir können nicht bei jedem Einzelprojekt ein Referendum und ein Volks-Nein riskieren." Damit zeigt die Stadtregierung auf, dass Volksbefragungen in ihren Augen lästig sind. Der Stadtrat will die Mitsprachemöglichkeiten in Zukunft lieber weiter beschneiden, anstatt dass er mehrheitsfähige Vorlagen dem Volk präsentiert. Wer politisch gute Arbeit leistet, braucht sich nicht vor dem Volk zu fürchten. Schwache Regierungen beschneiden Volksrechte. Das gilt im Besonderen bei Finanzkompetenzen.



Zusammenfassung über die Änderung der Finanzkompetenzen:

		Eigene Kompetenz Stadtrat	fakultatives Referendum	Obligatorisches Referendum
einmalig	bisher	50'000	200'000	600,000
	neu	100'000	700'000	2′000′000
Faktor		2	3.5	3
wiederkehrend	bisher	10'000	20'000	60'000
	neu	20'000	100'000	300,000
Faktor		2	5	5

Solche Erhöhungen dürfen nicht toleriert werden, denn Behörden, Verwaltung und Parlament sind gesetzlich verpflichtet, einen ausgeglichenen Finanzhaushalt dem Volk vorzulegen. Dies ist in den letzten Jahren nicht gelungen, die Schulden sind kontinuierlich gestiegen. Jemandem, der offensichtlich mit Geld nicht umgehen kann, noch grössere Kompetenzen zu geben, widerspricht jeder Logik! Die Erhöhung von einmaligen Ausgaben um mehr als den Faktor drei, vor allem aber die viel gefährlicheren wiederkehrenden Ausgaben um Faktor fünf sind eindeutig zu hoch. Es ist absurd, in diesem Fall von "moderaten Erhöhungen" zu sprechen, wie man bei den Befürwortern immer wieder hört.

Zu behaupten, der Alltagsbetrieb der Stadtverwaltung mit den heutigen Finanzkompetenzen sei nicht mehr aufrecht zu erhalten, grenzt an Lüge: In der letzten Legislatur gab es bisher lediglich sechs Geschäfte, die vors Volk mussten: KSS, freier Platz und Parkleitsystem, Schulleitungen, neue Billett-Automaten und der Kunstrasenplatz auf der Breite. Keines dieser Projekte hat den Alltagsbetrieb beeinträchtigt, die Hälfte scheiterte aber an der Urne – Volk und Politik scheinen nicht immer das Gleiche zu wollen.



Die Mitbestimmung der Bürger hat erste Priorität, denn Entscheide müssen breit abgestützt sein und nicht von einer politischen Elite gefällt werden. Im Zweifel lieber eine Volksbefragung mehr als eine weniger.

Wir wollen keine Verhältnisse wie in den umliegenden Ländern, in denen über den Kopf der Bürger entschieden wird. Wir wollen, dass das Volk weiterhin das Sagen hat. Auch der Vergleich mit anderen Gemeinden, wo die Finanzkompetenzen teilweise deutlich höher liegen, vermag nicht zu überzeugen: im Gegensatz zu anderen Gemeinden schafft es die Schaffhauser Regierung nicht, eine ausgewogene Rechnung vorzulegen. Schaffhausen ist unfähig, die Steuern zu senken, stattdessen wächst der Schuldenberg. Wer so kurzsichtig handelt, darf nicht mit höheren Finanzkompetenzen belohnt werden.

In der Vergangenheit war mehrfach zu beobachten, dass Ausgaben genau bis zur Limite der jeweiligen Finanzkompetenzen gemacht wurden. Als Beispiele seien das Gastrokonzept des Stadtrats (50'000.-), die Sitzanlage für die Handballhalle (600'000.-) oder auch die Spielgruppen (20'000.-) genannt. Steigen die Finanzkompetenzen steigen mit Sicherheit auch die Ausgaben, ohne dass das Volk etwas mitzubestimmen hätte.

Ein weiteres Argument der Befürworter für die neue Verfassung sind Schönwetterphrasen wie "Nachhaltige Entwicklung" oder "Solidarität", "Schonung der Natur" oder "bedarfsgerechte Kinderbetreuung". Unter Berufung auf diese "Aufgaben" der Stadt werden in Kürze neue Ausgabenposten hinzukommen.

Alles in allem ist die Verfassungsrevision eine typische Ausgeburt von Juristen und Politikern: Schönfärbereien und leere Floskeln ergänzen sich mit gefährlichen Kompetenzerhöhungen. Die Verfassung ist ein Denkmal für die politische Elite – gegen das Volk. Es ist eindeutig, das Stimmvolk fährt besser, wenn es ein "NEIN" (gelber Stimmzettel) in die Urne wirft. Denn damit entscheidet sich der Bürger für mehr Mitsprache und Kontrolle, für mehr Freiheit und weniger Staat.

Schlussbemerkung

Wir sind überzeugt, dass die Stadt Schaffhausen sich erfolgreich auch in Zukunft zwischen den bedeutenden Wirtschafträumen behaupten kann. Dazu braucht es jedoch führungsstarke Persönlichkeiten mit knappen Finanzkompetenzen.

Für Ihr Interesse danken wir Ihnen bestens.



KONTAKTE

Partei	Name	Mobiltelefon	Email
FDP	Walter Hotz	+41 79 355 61 61	sapi@swissworld.com
SVP	Thomas Hurter	+41 79 634 51 79	thomas.hurter@svp-sh.ch
SVP	Mariano Fioretti	+41 79 285 09 68	mariano.fioretti@svp-sh.ch
JSVP	Daniel Preisig	+41 79 330 74 75	daniel.preisig@jsvp-sh.ch
JF	Christian Mundt	+41 78 881 68 56	christian.mundt@gmx.ch
JF	Till Hardmeier	+41 79 422 71 65	till.hardmeier@gmx.net
EDU	Erwin Suter	+41 76 383 47 50	erwin.sutter@hotmail.com